

Entspannungspolitik durch Reisediplomatie

Die vietnamesische Politik der vergangenen Monate ist gekennzeichnet von einem Bemühen um rasche Normalisierung der Beziehungen zu den benachbarten Staaten und der Suche nach einem Konzept für eine neue Außenpolitik des Landes in einer tiefgreifend veränderten politischen Weltlage. Ausdruck hierfür ist die rege Reisediplomatie Hanois, die Premierminister Vo van Kiet zunächst nach Indonesien, Thailand, Singapur, China und Malaysia führte. Der Besuch der ASEAN-Länder soll die Beziehungen Vietnams zu den nichtkommunistischen Ländern der Region grundlegend verändern sowie den Grundstein für den Beitritt Hanois zur ASEAN legen. Vo van Kiet traf am 24.10.91, einen Tag nach Unterzeichnung des Friedensabkommens zur Beendigung des kambodschanischen Krieges, in Jakarta ein. In einer Ansprache erklärte er, daß sein Land friedliche Beziehungen zu seinen Nachbarn wünsche und appellierte an die ASEAN-Mitglieder, Vietnam durch Investitionen und Handelsabkommen wirtschaftlich zu unterstützen. Während seines Besuches in Indonesien, dessen Präsident Suharto als erster ASEAN-Politiker durch seinen Besuch in Hanoi im November die Isolation, in die Vietnam nach dem Einmarsch in Kambodscha geraten war, durchbrochen hatte, unterzeichnete Vietnams Premier ein Abkommen zum Schutz und zur Förderung ausländischer Investitionen sowie Verträge zur Verbesserung der Luft- und Schiffsverbindungen. Ferner wurde in einem Vertrag, der ausschließlich bilaterale Interessen berührt, vereinbart, die Verhandlungen zwischen Indonesien und Vietnam über exklusive marine Wirtschaftszonen zu forcieren. Während des Besuchs in Thailand, wo Vo van Kiet am 28.10.91 eintraf, wurde ebenfalls ein Abkommen zum Schutz und zur Förderung von Investitionen unterschrieben. Ein Memorandum sichert Thailand ein Vorzugsrecht zum Erwerb fossiler Brennstoffe aus Vietnam zu. Die Premierminister beider Länder waren sich darin einig, sich nicht in innere Angelegenheiten des Partners einzumischen. Vo van Kiet gab die Erklärung ab, „keine Einwände“ gegen die Eröffnung eines thailändischen

Generalkonsulats in Ho-Chi-Minh-Stadt zu haben, im Gegenzug versprach sein thailändischer Kollege Anand Panyarachun, Vietnams Beitritts-gesuch zur ASEAN zu unterstützen. Anand wertete den Besuch Vo van Kiets als „historischen Moment“, weil es gelungen sei, Feindseligkeiten und gegenseitige Verdächtigungen beizulegen und den Weg für eine breite Kooperation der beiden Länder zu öffnen. Die bilateralen Beziehungen waren bisher durch größere Spannungen gekennzeichnet, da Thailand während des US-Indochinakrieges die amerikanische Position unterstützt und nach Vietnams Besetzung von Kambodscha die kambodschanischen Guerillakämpfer unterstützt hatte. Anand nahm die von Vo van Kiet ausgesprochene Einladung zu einem Gegenbesuch in Hanoi im Frühjahr 1992 an. Das Tauwetter der thailändischvietnamesischen Beziehungen wurde auch durch die Audienz Kiets beim thailändischen König Bhumibol Adulyadej deutlich. Die Hauptstation der Südostasienreise Vo van Kiets war Singapur, wo sich Kiet vom 30.10.-1.11.91 aufhielt. Hier wurden Vereinbarungen über die Einrichtung diplomatischer Vertretungen, zur Aufnahme direkter Flugverbindungen sowie zum Ausbau des vietnamesischen Dienstleistungssektors mit Hilfe Singapurs unterzeichnet. Offenbar haben sich die bisher sehr gespannten Beziehungen zwischen Singapur und Vietnam deutlich entspannt, eine weitreichende bilaterale Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Bank- und Hafenwesen, steht in Aussicht. Während Vo van Kiet besonders formale Rahmenabkommen für wirtschaftliche und investitionspolitische Zusammenarbeit wünschte, betonte sein

Kollege Goh Chok Thong die Bedeutung der Privatwirtschaft: „Es ist der private Sektor, der grenzüberschreitende Investitionen und eine Erweiterung der Geschäftsbeziehungen bewirken kann und wird“. Singapur, das die Eröffnung einer Botschaft in Hanoi wegen des Einmarsches der Vietnamesen in Kambodscha bisher abgelehnt und sich im wesentlichen auf wirtschaftliche Beziehungen beschränkt hatte, wird voraussichtlich in diesem Jahr nach Japan der zweitgrößte Handelspartner Vietnams werden. Auch Singapur steht nun, nachdem der Friedensprozeß in Kambodscha in Gang gekommen ist, dem vietnamesischen Wunsch nach Beitritt zur ASEAN positiv gegenüber. Auf der Tagung der ASEAN-Staaten, die am 28.1.92 in Singapur beendet wurde, beschlossen die Mitgliedsländer, binnen 15 Jahren die Handelszölle innerhalb der Gemeinschaft auf maximal 5 % zu reduzieren. Vietnam wurde zunächst ein Beobachterstatus zuerkannt, die Unterzeichnung eines „Friedens- und Freundschaftsvertrages“ zwischen der ASEAN und Vietnam ist für Ende 1992 geplant. Im Anschluß seiner Südostasienreise besuchten Vo Van Kiet und Do Muoi, der vietnamesische KP-Chef, vom 6.-10.10.91 ihre Amtskollegen in Peking, um die Phase der 13-jährigen Feindseligkeiten, die ihren Ausdruck im kambodschanischen „Stellvertreterkrieg“ gefunden hatten, zu beenden und eine „vollständige Normalisierung“ der bilateralen Beziehungen zu erreichen. Aus den verfeindeten kommunistischen Bruderländern sollen nun wieder

„Freunde“ und „gute Nachbarn“ werden. Die an der Grenze stationierten Soldaten sollen abgezogen und für die Händler soll die Grenze weit aufgemacht werden. In den Verhandlungen zwischen Do Muoi, Vo Van Kiet, Chinas Parteichef Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng wurde die Basis für eine Vereinbarung über „Handel, Verkehr und Kommunikation“ gelegt, ferner soll die Bahnlinie am Freundschaftspaß, die 1979 zerstört wurde, wieder aufgebaut werden. China erhofft sich davon günstige Auswirkungen auf die Südprovinz Yunnan sowie Zugang zum Hafen Haiphongs im Norden Vietnams. Jiang Zemin hatte zu Beginn der Gespräche betont, die Beziehungen der beiden Länder sollten nach den „Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ gestaltet werden; die Zusammenarbeit der beiden KPs sollte von „Unabhängigkeit, gegenseitigem Respekt und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ gekennzeichnet sein. Auf dem „kleinen Gipfeltreffen“ in Peking wurde der kontroverse Anspruch auf die Spratley-Inseln vorsorglich ausgeklammert. Das Treffen stellt einen Höhepunkt des Entspannungsprozesses beider Länder dar, in dessen Vorfeld der frühere Außenminister Vietnams, Nguyen Co Thach, dessen prowestliche Politik dem Pekinger Regime ein Dorn im Auge gewesen war, seinen Hut nehmen mußte, bevor sich die beiden Länder auf ein koordiniertes Vorgehen zur Beilegung des kambodschanischen Konfliktes verständigten. Im Januar traf dann der thailändische Premierminister



Boom im Süden: Straße in Saigon.

Foto: K. Fritsche

Anand zu seinem Gegenbesuch in Hanoi ein, wo ein Protokoll über die Änderung des Handelsabkommens zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit vereinbart wurde. Thailand gewährt Vietnam langfristig einen günstigen Kredit über 150 Mio. Bath (5,8 Mio. US\$). Das von Thailand erhoffte Fischereiabkommen wurde allerdings nicht, wie ursprünglich vereinbart, unterzeichnet, da Vietnam zuerst den Verlauf der Verhandlungen über

strittige Seehandelszonen abwarten will. Anand erklärte, er hoffe, „daß Vietnam seine Wirtschaft entwickeln wird und Thailand zum Wiederaufbau Vietnams seinen bescheidenen Beitrag leisten kann“. Beide Länder, zwei der bedeutendsten Reiserexporteure der Welt, vereinbarten, sich beim Export von Reis abzusprechen, um den günstigsten Preis auf dem Weltmarkt zu erzielen. Die Planung eines Reiskartells wurde jedoch demontiert. Der Aufbau freundlicherer

Beziehungen der beiden Staaten geht einher mit wechselseitigen Einladungen zur Inspektion von Militäreinrichtungen und der Forderung Anands nach Aufhebung des US-Handelsembargos gegen Vietnam. Auch Malaysia unterstützt die Absicht Vietnams, der ASEAN beizutreten. Dies bestätigte der Ministerpräsident Malaysias, Mahathir Mohamad, anlässlich des Besuches von Vo Van Kiet in Kuala Lumpur Ende Januar, bei dem auch ein Investitionsschutzabkommen

unterzeichnet wurde. In naher Zukunft sollen offizielle Verhandlungen zum vietnamesischen Flüchtlingsproblem aufgenommen werden, ebenso wie Gespräche zur Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Entwicklung.

vgl. MDA 20.1.; 22.1.92; FEER 7.11.; 14.11.91; 30.1.92, GD 9.9.; 25.10.91; TAZ 30.10.; 6.11.91, VNI 10/91; 1/92; 2/92.

Neue Verfassung soll Führungsanspruch der Partei sichern

Am 30.12.92 wurde der Entwurf der neuen Verfassung, die im April von der Nationalversammlung verabschiedet werden soll, in Hanoi vorgestellt. Kennzeichnend für diesen Entwurf ist der Versuch, die künftige Politik des Landes nach dem Zusammenbruch des Ostblocks festzuschreiben. In der Wirtschaft soll die Entwicklung mit westlicher Hilfe vorangetrieben werden, ohne auf den Zentralismus und das Machtmonopol der Kommunistischen Partei Vietnams

(KPV) aufzugeben. Durch die neue Verfassung soll die Nationalversammlung und dessen Präsident aufgewertet werden. Die Zahl der Abgeordneten soll verringert werden. Die Nationalversammlung soll künftig dreimal, statt wie bisher zweimal pro Jahr zusammentreten. Die KPV soll weiter „an der Spitze der vietnamesischen Arbeiterklasse“ stehen und die führende Rolle in der Wirtschaft behalten, weswegen „der staatliche Sektor“ gestärkt werden müsse.

Nguyen Huy Thuc, Mitglied der Verfassungskommission: „Das Volk ist der Herr, die Regierung sorgt für die Organisation und die Partei ist die Führung“. Angestrebt werde eine „sozialistisch orientierte Ökonomie mit staatlich regulierter Marktwirtschaft“. Erstmals sollen Vietnamesen das Recht auf die Führung privater Geschäfte erhalten, Produktionsmittel besitzen und bei Joint-Ventures beteiligt sein dürfen. „Unternehmen mit ausländischem Kapital“ können

nicht verstaatlicht werden. Privater Grundbesitz wird allerdings nach wie vor nicht erlaubt, allerdings kann staatlicher Grund und Boden an Privatpersonen verteilt werden. Ferner sind Auslandsreisen in Zukunft erlaubt. Nicht mehr garantiert wird allerdings das Recht auf Arbeit, ärztliche Versorgung, Bildung und Wohnung.

vgl. FEER 31.12.91; VNI 1/92

Krisenmanagement als Dauerlösung?

Die jüngsten innen- und außenpolitischen Umstrukturierungen sind im Kontext der maroden Wirtschaftslage Vietnams zu sehen, die sich durch den Wegfall wichtiger Handelspartner in der GUS und Osteuropa und die Umstellung des Handels auf Devisen immer mehr zugespitzt hat. Um wirtschaftlich zu überleben, versucht die Parteiführung in Hanoi, mit den Ländern der Region, den ASEAN-Ländern und dem orthodoxen Bruderland China gutnachbarschaftliche Beziehungen zu entwickeln, um die Wirtschaft zu retten und das Machtmonopol der KPV zu sichern. Es bleibt abzuwarten, welcher Erfolg dem Bemühen der vietnamesischen Führung um die „Quadratur des Kreises“ beschieden ist. Auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees (ZK), das vom 25.11.-4.12.91 stattfand, wurde festgestellt, daß „in der Prävention von Korruption, Verschwendung, Schmuggel und Spekulation“, wie es das Kommuniqué formuliert, bisher wenig erreicht wurde. Grundsätzlich wurde beschlossen, verlustreiche Staatsunternehmen

nicht mehr durch Subventionen zu fördern, ohne jedoch die Frage aufzugreifen, was angesichts drohender Massenarbeitslosigkeit getan werden soll. Vorläufig einigte man sich darauf, einige staatliche Unternehmen als Pilotprojekte in Aktiengesellschaften umzuwandeln, so daß sich ausländische Unternehmen beteiligen können. „Strategische Bereiche“ wie Stromversorgung, Eisenbahn usw. sollen jedoch weiterhin subventioniert werden.

Die Schwierigkeit, trotz des liberalen Investitionsgesetzes ausländische Geldgeber zu finden, zeigt sich besonders deutlich an den Problemen, interessierte Geschäftspartner für die Finanzierungsgesellschaften zu gewinnen. Die Fonds („Saigon Finance Co.“ in Ho-Chi-Minh-Stadt; „Vietnamfund“ von Smith New Court; Far East und Asia Securities aus Taiwan; „Indochina Hotels Fund“ von James Capel und „Vietnam Growth Fund“ von Crédit Lyonnais) stellen fest, daß Geldgeber, die bereit sind, 250.000-525.000 US\$ für drei bis fünf Jahre in vietnamesische Fir-

men zu investieren, seltener sind als erwartet. Verantwortlich hierfür dürfte das geringe Mitspracherecht der Investoren in bezug auf Management und Firmenpolitik sein ebenso die Unzulänglichkeit der Buchführung und die mangelnde Transparenz der Firmenpolitik zahlreicher Unternehmen. Dazu kommt eine unklare bzw. fehlende Gesetzgebung, der zeitraubende Weg durch die Behörden und die ungenügende Infrastruktur. Die vietnamesische Staatsbank hat am 15.1.92 erstmals ausländischen Banken Lizenzen für die Eröffnung von Filialen genehmigt. In den Genuß dieser Regelung kommen Bangkok Bank, Australia & New Zealand Banking Group, Banque Nationale de Paris, Crédit Lyonnais, Indosuez und Banque Francaise du Commerce Exterior.

vgl. FEER 19.12.91; 30.1.92; VNI 12/91; 1/92 f u.a.

Die Rote Hilfe - Zeitung 1/92

Themen: Berichte zu Verfahren in: Itzehoe, Hannover, Essen, Dortmund, Göttingen, Brüssel, Amberg, Düsseldorf, Nürnberg, Kiel, Berlin. Asyl: Übersicht über die neueste Entwicklung der Asylgesetzgebung in Westeuropa; politische Gefangene: Bernd Rössner muß raus!

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 10,- DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Erscheinungstermin:
26.1.92

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

